

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von NETZ

Zusammengestellt in Kooperation mit Netz e. V., Wetzlar | www.bangladesch.org

Zyklon Bulbul

Einmal mehr mussten über zwei Millionen Menschen Zuflucht in mehr als 5.500 Schutzbauten suchen, weil der Zyklon *Bulbul* mit Windgeschwindigkeiten von 120 Stundenkilometern auf die Südwestküste Bangladeschs traf. Laut Minister für Katastrophenmanagement, Enamur Rahman, hatten sich mehr als 55.000 Freiwillige an der Hilfe bei Evakuierungen in 14 Distrikten beteiligt. Alle Seehäfen des Landes waren geschlossen worden. Als der Wirbelsturm auf Land traf, schwächte er sich über den *Sundarbans*-Mangrovenwäldern ab und zog weiter ins Landesinnere. Die *Sundarbans* gehören zu den weltweit größten Mangrovenwäldern.

Wenngleich der Zyklon kaum Schlagzeilen außerhalb des Landes produzierte, so wurden doch 400.000 Häuser verwüstet, stellte Habibur Rahman Chowdhury fest, der Landesdirektor von NETZ e.V. in Bangladesch. Vor allem die einfach gebauten Siedlungen der ärmsten Bevölkerung waren beschädigt worden. Besonders in den Küsten-Distrikten Satkhira, Bagerhat und Khulna hatte der Sturm große Teile der Ernte zerstört, darunter Reis, der kurz vor der Ernte stand, und Gemüse. Vierzehn Menschen seien durch umstürzende Bäume gestorben, einige Fischerboote würden vermisst. Die ärmsten Familien benötigen Unterstützung für den Wiederaufbau ihrer Häuser, Lebensmittel und Arbeitsmöglichkeiten.

Justiz- und Gefängnisreform mithilfe der GIZ

Die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit Sitz in Eschborn fördert im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung in Bangladesch. Eine aktuelle Komponente beschäftigt sich mit dem Thema Gefängnisreform zur Förderung der politischen Menschenrechte, in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium und der Gefängnisverwaltung in Bangladesch. Laut GIZ-Projekt ist der Zugang zu Recht und Gesetz in Bangladesch vor allem für arme und benachteiligte Gruppen noch immer eine Herausforderung. Die Regierung spreche zwar viel vom „Zugang zum Recht für alle“, in der Realität habe der Großteil der Bevölkerung jedoch nur begrenzten Zugang zu fairen Gerichtsverfahren. So fehlten dem Justizsystem finanzielle und personelle Mittel. Die Korruption sei hoch. Die unzureichende Zusammenarbeit der Strafjustizorgane habe einen massiven Fallrückstau

und stark überbelegte Haftanstalten zur Folge. Infolgedessen würden zahllose, meistens sehr arme Untersuchungshäftlinge über lange Zeit festgehalten, während sie auf ihre Verhandlung warten. Lange Haftzeiten ohne Verurteilung oder ein Gerichtsverfahren verstoßen gegen die Verfassung von Bangladesch. Zu selten werden außerdem Alternativen wie Dorfgerichte oder Mediationsverfahren in Anspruch genommen.

Das Reformprojekt wird vom britischen *Department for International Development* (DFID) ko-finanziert und befasst sich zum einen mit der Verringerung der Überbelegung von Haftanstalten (Gefängnisreform). Eine Maßnahme ist, sogenannte *Paralegals* (Nichtjuristen) einzusetzen, die nach einer kurzen Einarbeitung Polizei, Gefängnispersonal, Anwälte und Gerichte unterstützen. Sie sollen die Lücke zwischen Justizsystem und Gefangenen schließen und zu reibungslosen Verfahren und Abläufen im Justizsektor beitragen. Die Arbeit der *Paralegals* hat zwischen 2012 und März 2017 zu einer zügigen Entlassung von 15.171 Gefangenen auf Kautions- oder Freispruch geführt. Außerdem haben sie in diesem Zeitraum 144.564 Antragsteller vor Gericht und 15.760 bei der Polizei unterstützt.

Zum zweiten berät das GIZ-Projekt das Ministerium für Justiz und Parlamentsangelegenheiten. So wurde in einem Justizaudit (*Justice Audit*) eine Datenabfrage durchgeführt, um festzustellen, wo Blockaden innerhalb des Strafrechtssystems sowie die Ursachen für den Fallrückstau bei Gericht und die Überbelegung der Gefängnisse liegen. Auch die Antikorruptionskommission (ACC) wird durch das Vorhaben unterstützt. Hier hat sich der interinstitutionelle Informationsfluss in den Projektdistrikten inzwischen schon erheblich verbessert.

Friedensnobelpreisträger muss nicht in Haft

Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus muss nach seinem persönlichen Erscheinen vor Gericht nicht ins Gefängnis. Der Vorsitzende Richter eines Arbeitsgerichts in Dhaka legte Anfang November eine Kautions fest, die Yunus die Haft ersparte. Yunus hat die Bank *Grameen* gegründet, die Mikrokredite an meist arme Frauen vergibt. Für dieses Konzept erhielt der Wirtschaftswissenschaftler 2006 den Friedensnobelpreis. In dem Prozess werfen drei Angestellte dem Unternehmen *Grameen Communications* vor, sie rechtswidrig entlassen zu haben. Sie hatten versucht, eine Gewerkschaft zu bilden. Yunus ist Chef des Unternehmens.